

Sozialpolitik ist Demokratiepolitik

Eingangsstatement von Petra Pau auf der Podiumsdiskussion der BAG-Wohnungslosenhilfe am 19. November 2025 in Berlin

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Engagierte, liebe Praktikerinnen und Praktiker,
liebe Menschen, die jeden Tag versuchen, unsere Gesellschaft
zusammenzuhalten,**

ich stehe heute hier als Vizepräsidentin a. D. – also mit etwas Abstand.
Aber nicht mit weniger Verantwortung.
Und erst recht nicht mit weniger Sorge.

Denn, was wir gerade erleben, ist mehr als eine soziale Krise.
Es ist ein Stresstest für die Demokratie.

I. Die Realität, die wir nicht beschönigen dürfen

Am Montag hat die BAG-Wohnungslosenhilfe ihre aktuelle Hochrechnung veröffentlicht:

- **1.029.000 wohnungslose Menschen** im vergangenen Jahr.
- **56.000 Menschen leben auf der Straße.**
- **264.000 Kinder und Jugendliche** ohne eigenes Zuhause.
- Und der Trend zeigt: **Es wird nicht weniger.**

Über eine Million Menschen – in einem der reichsten Länder der Welt.
Wer da noch sagt, das seien „Einzelfälle“, der hat den Überblick verloren.
Oder nie gesucht.

**Das sind keine Zahlen.
Das sind Schicksale.
Das sind Demokratietests.**

Eine Demokratie, die hinnimmt, dass Familien in Notunterkünften leben, dass Menschen im Müll nach Pfand suchen oder mit Kindern im Schlafsack übernachten müssen, verliert etwas Entscheidendes:
Glaubwürdigkeit.

II. Warum die Lage heute gefährlicher ist als zur Zeit der Agenda 2010

Ich erinnere mich gut an die frühen 2000er Jahre.
An die Vorstellung der Agenda 2010 in der Friedrichstadtkirche – eine Zäsur.

Es gab Widerspruch, auch innerhalb der Koalition.
Außerhalb des Parlaments: Proteste im ganzen Land.

Im Bundestag jedoch war die Mehrheit festgelegt.
Rot-Grün setzte die Reformen gemeinsam mit CDU/CSU und FDP Schritt für Schritt um.

Hartz IV wurde am 19. Dezember 2003 beschlossen.

Ich war damals fraktionslose Abgeordnete.
Gemeinsam mit Gesine Löttsch konnten wir wenig ausrichten – außer einen Vertagungsantrag zu stellen, um die sozialen Folgen wenigstens zu benennen.

Das brachte mir einen Zwischenruf ein, den ich nicht vergessen habe:
„Gottlose Type!“

Nicht, weil er mich persönlich getroffen hätte,
sondern, weil er die Stimmung beschrieb:
Wer soziale Härte kritisierte, galt vielen als Störenfried.

Damals war die Lage angespannt – aber:

Es gab noch ein Grundvertrauen.

Ein Vertrauen, dass Politik korrigierbar ist.

Dass der Sozialstaat tragfähig bleibt.

Dass Demokratie lernfähig ist.

Heute ist die Lage gefährlicher.

Nicht nur, weil die sozialen Probleme größer geworden sind,
sondern weil das Vertrauen kleiner geworden ist.

Heute erleben wir

- eine Gesellschaft, die durch viele Krisen erschöpft ist,
- einen Sozialstaat, der im Verschleißmodus läuft,
- eine Wohnungsnot, die jedes Jahr wächst,
- und politische Kräfte, die Angst gezielt in Hass verwandeln.

Damals führte Sozialabbau zu Wut.

Heute kann Sozialabbau die Demokratie selbst beschädigen.

III. Was die Zahlen wirklich bedeuten: Armut ist wieder Alltag

1. Wohnungslosigkeit

Die BAGW zeigt:

840.000 Menschen sind ordnungsrechtlich untergebracht.
Die Kommunen sind überlastet – viele weit darüber hinaus.

17 Prozent der Einrichtungen sind bereits von Kürzungen betroffen.

Ich sage das ausdrücklich:

Wenn Prävention verschwindet, wird die Straße voller.

2. Kinderarmut

2024 waren **2,2 Millionen Kinder armutsgefährdet** – jedes siebte Kind in Deutschland.

Armut im Kindesalter heißt:
weniger Chancen, weniger Teilhabe, weniger Vertrauen.

Armut wird vererbt.

Demokratie nicht automatisch.

3. Bürgergeld und soziale Sicherheit

Die Expertise des Paritätischen belegt:

- Das Bürgergeld **schützt nicht vor Armut.**
- Die **Armutsücke beträgt durchschnittlich 474 Euro** pro Monat.
- Die Kaufkraft der Regelsätze stagniert seit den 1990er Jahren.
- **86 Prozent** können keine unerwartete Ausgabe stemmen.
- **55 Prozent** können kaputte Möbel nicht ersetzen.
- **32 Prozent** können nicht einmal mit Freunden essen gehen.

Das klingt banal – aber es beschreibt etwas Zentrales:

Soziale Isolation.

Und isolierte Menschen sind politisch gefährdete Menschen.

IV. Die geplanten Sanktionsverschärfungen – und ihre Folgen

Ich spreche es bewusst deutlich aus:

Die geplanten Leistungskürzungen im Rahmen der neuen Grundsicherung – bis hin zur kompletten Einstellung der Zahlungen einschließlich der Miete – sind **sozialpolitisch unverantwortlich.**

Sie widersprechen dem Geist des Grundgesetzes.

Sie widersprechen der Hilfepraxis.

Und sie widersprechen jeder Erfahrung, die Sie täglich machen.

Denn was erzeugen verschärfte Sanktionen?

Härte – aber keine Lösungen.

Wohnungsverlust – aber keine Integration.

Misstrauen – aber kein Vertrauen in den Sozialstaat.

Wer einmal auf der Straße landet, kommt kaum zurück.
Das wissen Sie alle besser als ich.

V. Die demokratische Dimension – und warum die Warnlampen jetzt rot blinken

Sozialpolitik ist nicht nur Haushaltspolitik.

Sie ist Demokratiepolitik.

Wenn Menschen erleben, dass der Staat sie nicht schützt –
wenn Hilfestrukturen zusammenbrechen –
wenn Politik ihnen vor allem misstraut –
dann entsteht ein gefährlicher Gedanke:

„Dann ist mir die Demokratie auch egal.“

Wir sehen das in mehreren Ländern.

Und wir sehen es **hier**.

Selbst innerhalb der CDU wächst die Sorge.

Der Bundesvorsitzende des Arbeitnehmerflügels, Dennis Radtke, warnte gestern öffentlich vor einer Bundesregierung, deren „Fettnapfquote“ höher sei als ihr Kompass.

Er sagte wörtlich:

„Ist die Stimmung im Bund bis zu den Landtagswahlen im Osten nicht eine andere, dann werden wir in einem anderen Land leben.“

Wenn selbst konservative Sozialpolitiker Alarm schlagen,
dann sollten alle Demokraten genauer hinhören.
Denn an einem Punkt hat er recht:

Vertrauensverluste können Demokratien kippen.

Und Vertrauen verliert man schneller, als man Sozialstaat wieder aufbauen kann.

Deshalb sage ich:

Wohnungslosigkeit ist kein Randthema.

Sie ist ein Lackmustest für unsere Demokratie.

VI. Was jetzt notwendig ist – und was Mut macht

Ich möchte nicht nur warnen.
Ich möchte erinnern, wozu wir fähig sind.

Der Sozialstaat ist keine Buchungszeile.
Er ist ein Versprechen:

- dass niemand durchs Raster fällt,
- dass ein Leben in Würde möglich ist,
- dass Hilfe erreichbar ist,
- dass Abstürze abgefedert und Aufstiege möglich sind.

Wenn wir über Wohnungslosigkeit sprechen, sprechen wir über:
Menschenwürde, Solidarität, Zusammenhalt und Verantwortung.

Und über eines, das Sie täglich leben:

Prävention.

Sie ist nicht umsonst zu haben, –
aber sie ist immer billiger als Notunterkünfte.
Und sie ist unbezahlbar für die Menschenwürde.

VII. Schluss

Ich möchte schließen mit einem Gedanken, der mich seit vielen Jahren begleitet:

**„Demokratie ist nichts, was man hat.
Demokratie ist etwas, das man jeden Tag schützt.“**

Und Sie schützen Demokratie – jeden Tag:
durch Beratung, durch Hilfe, durch Geduld, durch Präsenz.
Durch Menschlichkeit, selbst wenn die Politik manchmal Härte übt.

Ich danke Ihnen dafür.

Und ich hoffe sehr, dass Politik – jenseits der Tageskämpfe – erkennt:

**Wer die Menschenwürde schützt, schützt die Demokratie.
Wer die Demokratie schützen will, muss die Menschenwürde stärken.**

Vielen Dank.